

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 56 (1981)

Heft: 1

Artikel: Projekt für eine Volksinitiative zur Beschränkung der Rüstungsausgaben

Autor: Jenni, Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-703610>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Projekt für eine Volksinitiative zur Beschränkung der Rüstungsausgaben

Major Peter Jenni, Bern

Seit dem Frühjahr 1979 wird von verschiedenen Linksorganisationen, allen voran dem Schweizerischen Friedensrat, das Projekt einer Initiative zur Beschränkung der Rüstungsausgaben diskutiert. Mit diesem Vorhaben soll ebenfalls die Einführung des fakultativen Referendums für Rüstungsausgaben erreicht werden. Ein provisorisches Initiativkomitee hat ein «Manifest gegen Rüstung und Militarismus» herausgegeben, in dem die Zielsetzung der geplanten Initiative wie folgt umschrieben wird: «Wir sehen die Initiative als ein Mittel, um der Militärlobby und ihren massiven Forderungen entgegenzutreten, etwas mehr Transparenz in die Rüstungsentscheide des EMD zu bringen und die Diskussion über allgemeine Armeethemen breit führen zu können.»

Seit dem Zweiten Weltkrieg sind immer wieder Vorstösse unternommen worden, die eine vermehrte Kontrolle und Einflussmöglichkeit auf die Rüstungsausgaben und die Rüstungsbeschaffungen zum Ziele hatten. Somit beinhaltet das neue Vorhaben nichts grundsätzlich Neues.

Ein Studium der bis heute zugänglichen Unterlagen für die neue Initiative zeigt jedoch eine eindeutig armeefeindliche Stossrichtung, für die das Rüstungsreferendum nur Mittel zum Zweck ist. Es ist offensichtlich, dass die Armee und die Landesverteidigung insgesamt geschwächt werden sollen.

Ein Blick auf unser heutiges Beschaffungssystem für Kriegsmaterial zeigt – und einige Vorkommnisse in der jüngsten Vergangenheit machen dies deutlich –, dass Anpassungen vorgenommen werden müssen. Dabei handelt es sich jedoch um Verbesserungen, die nicht auf eine weitere Verkomplizierung des Verfahrens, sondern auf Vereinfachungen hinzielen müssen. Es geht heute vor allem um eine bessere Kompetenzausscheidung in den verschiedenen Phasen des Beschaffungsprozesses und um die Beschleunigung des langwierigen parlamentarischen Verfahrens. Auch von namhaften Experten würde es begrüsst, wenn sich das Parlament darauf beschränkte, für Investitionen sogenannte Rahmenkredite zu sprechen und das Militärdepartement zu ermächtigen, die einzelnen Beschaffungen selber festzulegen. Damit könnte viel Zeit und Geld gewonnen werden, und die Verantwortlichkeiten wären klar

zugeordnet. Das heutige System fördert weder die Entscheidungsfreudigkeit, noch den Willen eine umfassende mittel- und langfristige Planung vorzunehmen und auch zu realisieren.

Unser Parlament hat bezüglich der Gestaltung der Rüstungsbeschaffung Einflussmöglichkeiten, wie sie anderswo kaum gegeben sind. Die Bundesversammlung spricht nicht nur Kredite, sondern befindet auch über die zu beschaffenden Waffen und Geräte. Ein weitergehendes Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht ist weder sinnvoll noch zweckmässig. Nachdem ein Finanzreferendum auf Bundesebene nicht besteht, stellt sich die Frage, wieso ein solches ausgerechnet für den Militärbereich geschaffen werden soll. Eine Unterstellung der Rüstungsprogramme unter das fakultative Referendum würde ungleiches Recht schaffen. Wieso soll lediglich das Referendum für Rüstungsausgaben, nicht aber für die Entwicklungshilfe – wo übrigens bereits Rahmenkredite gesprochen werden –, die Hochschulpolitik oder die Kulturförderung erhoben werden? Eine Frage, welche die Initianten nur unklar beantworten. Es trifft nicht zu, dass die Militärpolitik in finanzpolitischer Hinsicht über einen Sonderstatus verfügt.

Nicht unerwähnt, weil von grosser Wichtigkeit, ist die Tatsache, dass das Referendumsrecht nur dann sinnvoll ist, wenn der Bürger in der Lage ist, dieses Recht auch voll auszuüben. Dies dürfte im militärischen Bereich kaum der Fall sein, weil es die Geheimhaltung verbietet, all jene Informationen bekanntzugeben, die für die Beurteilung notwendig sind. Welche Firma und welches Land wäre noch bereit, mit uns zusammenzuarbeiten, wenn damit gerechnet werden müsste, dass sämtliche Spezifikationen einer Waffe oder eines Gerätes nicht im gewünschten Mass vertraulich behandelt würden? Der Schaden wäre unabsehbar, sowohl für den Hersteller, als auch für den Wehrmann, der weiss, dass der potentielle Gegner bestens im Bild ist, welche Stärken und Schwächen seine Waffen aufweisen. Wir würden unserer Landesverteidigung einen Bärendienst erweisen.

Es stellt sich somit die Frage, ob die Initianten tatsächlich eine Verbesserung erzielen oder ob sie einfach die militärischen Vorbereitungen schwächen und teilweise verhindern wollen.

Leserumfrage

Bis Redaktionsschluss für diese Ausgabe sind rund 1100 Fragebogen ausgefüllt und zurückgesandt worden. Ein prächtiges und repräsentatives Resultat!

Wir danken allen Leserinnen und Lesern, die sich an dieser Umfrage beteiligt haben.

Über das Ergebnis werden wir nach Abschluss der Auswertung berichten.

Verlagsgenossenschaft
«Schweizer Soldat»

